

**Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrat
13. Dezember 2018**

Ort: Radio Bremen

Beginn: 16:35 Uhr

Ende: 18:55 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz:

Dr. Klaus Sondergeld

Rundfunkrat:

Christine Bornkeßel
Matthias Dembski
Pierre Demirel (ab 18:20 Uhr)
Manuel Diskaya
Annette Düring
Christine Finckh
Wolf Arne Frankenstein
Karin Fricke
Sonja Glasmeyer
Ute Golasowski
Prof. Dr. Lambert Grosskopf
Wolfgang Grotheer
Walter Henschen
Michael Horn
Selda Kaiser
Farina Kemp-Bedoui
Dr. Hermann Kuhn
Katrín Lehmann
Christian Linker
Bernd Panzer
Dr. Beate Porombka (bis 18:20 Uhr)
Beate Röllecke
Dr. Wilhelm Rösing
Nathalie Sander
Klaus Schloesser
Norbert Wilke (ab 17:40 Uhr)
Thomas von Zabern

Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring

Radio Bremen:

Jan Metzger
Brigitta Nickelsen
Jan Weyrauch
Jens Böttger
Sven Carlson
Christina Del Din
Martje Freese
Michael Glöckner
Martin Niemeyer
Andrea Schafarczyk
Jan Schrader
Heike Wilke

Personalrat / Redakteursausschuss:

Rainer Kahrs (ab 17:05 Uhr)
Christina Fee Moebus
Anke Sommer

Frauenbeauftragte:

Dorothea Hartz

Publikumsbeauftragte:

Eva Linke

Senatskanzlei:

Dr. Enzo Vial

Protokoll:

Nina Gabriel

Entschuldigt:

Vom Rundfunkrat:

Doris Achelwilm, in Vertretung anwesend Michael Horn

Andreas Brandes, in Vertretung anwesend Beate Röllecke

Annika Brinkmann und ihr Stellvertreter Helge Niessen

Michael Frost und seine Stellvertreterin Martina Kirschstein-Klingner

Heinrich Welke und seine Stellvertreterin Waltraut Wedemeyer

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
 2. Genehmigung der Protokolle über die nicht öffentliche sowie die öffentliche Rundfunkratssitzung vom 27. September 2018
 3. Bericht des Vorsitzenden
 4. Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates
 5. Bericht des Intendanten
Vorlage 22/2018
 6. Berichte aus den Ausschüssen
 - a. Finanz- und Organisationsausschuss
 - b. Fernsehausschuss
 - c. Hörfunkausschuss
 - d. Zukunftsausschuss
 7. Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
 8. Mittelfristige Finanzplanung
Vorlage 23/2018
 9. Wirtschaftsplan 2019
Vorlage 24/2018
 10. Entwicklungsbericht 2019
Vorlage 25/2018
 11. Anschlussstarifvertrag für die Ausgliederung des Fachbereichs Abrechnung
Vorlage 26/2018
 12. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 27/2018
 13. Verschiedenes
-

Herr Dr. Sondergeld begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die öffentliche Rundfunkratssitzung um 16:35 Uhr.

Der Bremer Rat für Integration habe zwei neue Mitglieder benannt: Frau Sel-da Kaiser und als ihr Stellvertreter Herr Helmut Brandenburg. Außerdem sei das neue stellvertretende Mitglied des Bundesrats für Nedderdüütsch, Frau Ute Schernich, im Zuschauerbereich anwesend.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle über die nicht öffentliche sowie die öffentliche Rundfunkratssitzung vom 27. September 2018

Die Protokolle über die nicht öffentliche sowie die öffentliche Rundfunkratssitzung vom 27. September 2018 werden in den vorliegenden Fassungen genehmigt.

TOP 3: Bericht des Vorsitzenden

Herr Dr. Sondergeld verweist auf seinen mit den Unterlagen versendeten Text, in dem er einige offene Fragen aus der letzten Fortbildungsveranstaltungen aufgegriffen habe. Der Beitrag „Nur zu senden reicht nicht mehr“ in der ZEIT von Herrn Weyrauch schließe sich im Grunde genommen an diese Überlegungen an. Zusätzlich stelle der Programmdirektor auch den geplanten „Radio Bremen Meinungsmelder“ vor.

Ein Rundfunkratsmitglied bedankt sich für diese Abhandlung zur Erkenntnistheorie und Wissenschaftsphilosophie im Allgemeinen, unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen an einen kritischen, guten Journalismus. Es habe den Text mit hohem Gewinn und Vergnügen gelesen. Es regt zusätzlich an, es in das Grundinventar der Journalisten- und Journalistinnenausbildung im Volontariat der öffentlich-rechtlichen Anstalten zu integrieren.

Herr Dr. Sondergeld berichtet zu einer Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) am 26./27. November 2018 in Frankfurt sowie zu einer Sitzung des GVK-Finanzausschusses am 12. November 2018 in Köln. Inhaltlich würden sich die behandelten Themen mit denen aus dem Bericht des Intendanten überschneiden. Im Zusammenhang mit der augenblicklichen politischen Auseinandersetzung zur Frage der zukünftigen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, wolle er lediglich darstellen, dass innerhalb der GVK große Einigkeit herrsche, dass weder Vorleistungen noch Programmkürzungen versprochen werden dürften. Die GVK bestärke die Häuser darin, eine absolut bedarfsgerechte KEF-Anmeldung abzugeben.

TOP 4: Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

Herr Prof. Dr. von der Vring berichtet von der Sitzung des Verwaltungsrats am 30. November 2018, in der der Verwaltungsrat begonnen habe, über eine

Änderung seiner Geschäftsordnung zu beraten. Nach den Berichten aus den Aufsichtsräten der Radio Bremen Media GmbH (Media) sowie der Bremedia Produktion GmbH (Bremedia), habe man intensiv über die Weiterentwicklung der Konzernstruktur von Radio Bremen diskutiert. Diese Weiterentwicklung beinhalte den Ankauf der Geschäftsanteile der Bavaria Film GmbH an der Bremedia. Daraus ergäben sich weitere Änderungen in der Gesellschaftsstruktur sowie der Aufsichtsräte – der Verwaltungsrat habe Maren Bock, Dr. Wolfgang Schrörs und Roland Warmbein als Mitglieder des Aufsichtsrats der Bremedia bestellt. Die heute zu behandelnde Mittelfristige Finanzplanung sowie den Wirtschaftsplan 2019 habe man ebenfalls beraten. Zum Wirtschaftsplan 2019 liege dem Rundfunkrat entsprechend eine Empfehlung des Verwaltungsrats vor. Nach der Kenntnisnahme der Liquiditätsprognose / Unternehmenscockpit und des Entwicklungsberichts 2019 habe man Maren Bock, Dr. Wolfgang Schrörs und Christian Schwalb als Mitglieder des Aufsichtsrats der Media gewählt. Anschließend habe man sich ausführlich mit der aktuellen Entwicklung der Pensionskassen befasst und den dort auftretenden Schwierigkeiten durch die andauernde Niedrigzinsphase. Abgeschlossen habe man mit einigen Personalien.

TOP 5: Bericht des Intendanten
Vorlage 22/2018

Herr Metzger weist bezüglich der soeben von Herrn Prof. Dr. von der Vring angesprochenen Weiterentwicklung der Konzernstruktur auf die ausführlichen Erläuterungen auf Seite 5 seines schriftlichen Berichts hin.

Ferner fügt er den Ausführungen zu aktuellen medienpolitischen Fragen auf Seite 1 seines schriftlichen Berichts hinzu, dass sich die Länder, auch nach der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten am 5. Dezember 2018, weiterhin uneinig seien. An den Themen „Indexierung“ und „Budgetierung“ solle auf Grundlage des von Rheinland-Pfalz entworfenen Eckpunktepapiers, welches den bekannten Diskussionsstand zusammenfasse und bei Uneinigkeit verschiedene Varianten in Klammern aufführe, weitergearbeitet werden. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten hätten die Rundfunkkommission entsprechend gebeten, deren Vorüberlegungen zur Reform von Auftrag, Struktur und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Lichte der Regierungschefinnen und -chefs der Länder bis zur Konferenz am 21. März 2019 zu konkretisieren.

Es sei für Ende Januar ein gemeinsames Gespräch der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und der Intendantinnen und Intendanten vorgesehen. Vorab sei eine ausführliche Sondersitzung geplant, auf der ARD-intern darüber beraten werde, mit welcher Position man in dieses Gespräch gehen werde.

Er ergänzt seinen schriftlichen Bericht zusätzlich um folgende Themen:

Entscheidung Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) sei heute in der Frage, ob der Rundfunkbeitrag in Deutschland unter europarechtlichen Gesichtspunkten rechtens

sei, zu einem Urteil gekommen. Demnach stelle der Rundfunkbeitrag keine unerlaubte staatliche Hilfe dar und sei rechtmäßig. Insofern habe der EuGH das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem letzten Sommer bestätigt. Der EuGH habe sich aufgrund einer Entscheidung des Landgerichts Tübingen damit befasst. Ein Richter habe Fragen an den EuGH gerichtet, um die Vereinbarkeit des Rundfunkbeitrags mit dem europäischen Recht zu klären. Der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm habe entsprechend begrüßt, dass nunmehr abschließend feststehe, dass der Rundfunkbeitrag auch mit europäischem Recht vereinbar sei. Die Entscheidung des EuGH hätte nicht klarer ausfallen können und schaffe somit europarechtliche Rechtssicherheit.

Personalien

Abschließend wolle er Frau Christina Del Din, Leiterin der neu geschaffenen Abteilung „Kommunikation“, die Gelegenheit geben, sich dem Rundfunkrat vorzustellen.

Dem Gremium sei aus den Beschreibungen zum Umbau der Unternehmensfamilie bekannt, dass die bisherige Tochter, die Radio Bremen Media GmbH, im Laufe des kommenden Jahres aufgelöst werde. Das Marketing werde dementsprechend bereits Anfang des Jahres wieder bei Radio Bremen integriert. Aus dieser Umstrukturierung habe sich die Chance ergeben, den gesamten Kommunikationsbereich zu überdenken und gegebenenfalls neu zu organisieren. Neben dem Marketing habe man die interne Kommunikation sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in dieser neu geschaffenen Abteilung gebündelt. Die Aufgabe von Frau Del Din sei es, diese drei Gewerke zusammenzuführen und sich gleichzeitig auf die Herausforderung, welche die Digitalisierung auch von der Presse- und Öffentlichkeitsabteilung verlange, einzustellen sowie diese weiterzuentwickeln. Nach der Pensionierung von Herrn Glöckner am 30. April 2019 werde Frau Del Din auch die Aufgabe der Pressesprecherin übernehmen.

Frau Del Din bedankt sich für die Gelegenheit, sich auch vor dem Rundfunkrat vorstellen zu können. An ihrem ersten Arbeitstag bei Radio Bremen, am 3. Dezember 2018, sei sie sehr freundlich aufgenommen worden. Sie habe in den letzten Jahren eine entsprechende Abteilung (interne Kommunikation, Unternehmenskommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Marketing) für eine große Bankengruppe geleitet. Sie erachte die Zusammenlegung dieser Bereiche bei Radio Bremen als richtige Entscheidung, so dass eine stringente Kommunikation nach innen und außen angestrebt werden könne. Radio Bremen sei bereits heute stark aufgestellt, erhalte dadurch jedoch die Möglichkeit, auch im Zuge des Medienwandels und der neuen Anforderungen, die das Publikum an die öffentlich-rechtlichen Medien stelle, neue Wege einzuschlagen.

Herr Metzger erinnert an den Wunsch aus dem Gremium, über Zwischenstände der Planung zur Bürgerschafts- und Europawahl informiert zu werden. Nachdem Frau Schafarczyk in der vergangenen Sitzung bereits einen kurzen Überblick gegeben habe, folge nun ein Update.

Präsentation „Bürgerschafts- und Europawahl 26.05.2019 – Planungsstand der Vorwahlberichterstattung“

Fragen an Frau Schafarczyk

Ein Rundfunkratsmitglied gibt zu bedenken, dass der spielerische bzw. unterhaltsame Anteil in der vorgestellten „Townhall“-Sendung die politischen Debatten nicht überwiegen dürfe. Außerdem fragt es, ob es Überlegungen gebe, wie mit der Sendezeit in der sogenannten Elefantenrunde umgegangen werde und welche Personen eingeladen würden.

Frau Schafarczyk macht deutlich, dass auch bei einer unterhaltsamen „Townhall“-Sendung der Anspruch ganz klar auf einer politischen Ausrichtung liege.

Bezüglich der Besetzung der unterschiedlichen Formate, verfolge man das Konzept der abgestuften Chancengleichheit. Sollte man sich demnach überlegen, auf eine Person in einem Format zu verzichten, würde man entsprechend etwas anderes anbieten. Man erarbeite in enger Abstimmung mit dem Justizariat und dem Programmdirektor ein Gesamtkonzept. Ein wichtiger Punkt sei die Integration von Bürgerinnen und Bürgern.

Ein Rundfunkratsmitglied stellt fest, dass es parallel drei weitere Wahlen gebe, über die informiert werden müsste. Zeitgleich zu den genannten Bürgerschafts- und Europawahlen würden die Beiräte, die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven sowie die Stadtbürgerschaft gewählt. Es fragt, ob es Überlegungen gebe z.B. Veranstaltungen zur Stadtverordnetenversammlung zu machen bzw. zu den Beiräten. Dies sei sehr wichtig, da vor allem im kommunalen Bereich der Stadtteile, viel passiere. Die Bürgerinnen und Bürger müssten entsprechend darüber informiert werden.

Ferner habe Frau Schafarczyk verdeutlicht, dass zu der angesprochenen „Townhall“-Sendungen die Spitzenvertreterinnen und -vertreter eingeladen würden. Es möchte hierzu den geplanten Personenkreis in Erfahrung bringen. Drittens weist es auf den erhöhten Arbeitsaufwand innerhalb der Kommentarfunktionen auf Facebook hin und bittet um Erläuterung, was dort geplant sei.

Frau Schafarczyk macht deutlich, dass das Studio Bremerhaven die Berichterstattung eng begleiten und stets auf die von Bremen abweichenden Spitzenkandidatinnen und -kandidaten hinweisen werde. Bei dem „Townhall“-Format werde man lediglich mit den Bremer-Spitzen arbeiten. Es seien andere Sendungen mit Begleitung des Studios Bremerhaven geplant, welche den Fokus auf Bremerhaven richten würden.

Eine Aktion in den Stadtteilen habe man nicht vorgesehen – man werde die Beirätewahl jedoch journalistisch begleiten.

Bei den Facebook-Live Aktionen werde es in jedem Fall eine Moderation in den Kommentaren geben. Man habe in den vergangenen Jahren gute Erfahrungen mit einer engen Begleitung von Facebook-Live Aktionen gesammelt sowie der Festlegung von klaren Regeln. Die Community sei in sich gewachsen und reguliere sich in bestimmten Situationen bereits selbst.

Ein weiteres Gremienmitglied bedankt sich für den Überblick über den Stand der Überlegungen. Wahlen seien eine Zeit erhöhter politischer Aufmerksamkeit und Radio Bremen die Instanz für politische Information im Land. Das erwähnte Konzept der abgestuften Chancengleichheit eigne sich angesichts der Bandbreite der politischen Bewerbungen. Es ermutigt den Sender, nach dem Treffen dieser Entscheidung, diese auch beizubehalten und nicht bei Protest einzulenken.

Zur Berichterstattung bezüglich der Europawahl habe Frau Schafarczyk keine Ausführungen gemacht. Es gehe davon aus, dass die meisten Beiträge direkt aus Brüssel kommen würden. Es fragt, ob Radio Bremen eine Runde der Bremer Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für Europa vorgesehen habe, da auch diese Wahl eng mit Personen verbunden sei.

Frau Schafarczyk verweist auf die ARD, welche Überlegungen zu einer Runde mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten in das Erste anstelle. Bei Radio Bremen sei dies bisher nicht vorgesehen. Sie nehme den Vorschlag gerne mit auf.

Ein Rundfunkratsmitglied erinnert, dass es auf Grund der Komplexität des Wahlsystems in Bremen mühsam sei, verlässliche Prognosen, Zwischenergebnisse und Hochrechnungen zu präsentieren. Es fragt, ob es Hoffnungen gebe, dass die ARD sowie Radio Bremen frühzeitig zuverlässige erste Ergebnisse liefern könnten.

Frau Schafarczyk macht deutlich, dass man sich dieses Problems bewusst sei und bereits mit dem Landeswahlleiter darüber beraten habe. Darüber hinaus stehe man weiterhin in engem Kontakt mit Infratest dimap, um eventuell zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen.

Daraus würden sich auch Probleme am Wahlabend ergeben. Es sei ohnehin schwierig, als kleinstes Bundesland an einem großen Wahlabend eine Rolle zu spielen. Wenn zusätzlich keine verlässlichen Prognosen vorlägen, werde dies verstärkt.

Ein Rundfunkratsmitglied habe erfahren, dass die ARD aus Bremen mit „angezogener Handbremse“ berichten werde. Infratest dimap sowie Jörg Schönenborn würden entsprechend nicht vor Ort sein. Es frage sich, ob stattdessen der NDR bzw. Radio Bremen-TV von der Wahl berichten würden und ob Radio Bremen auf eigene Meinungsforschungsinstitute zurückgreife.

Frau Schafarczyk ergänzt die Aussage des Mitglieds dahingehend, dass es an einem Abend mit parallel stattfindenden Wahlen immer ein Hauptstudio und weitere Nebenschaltplätze gebe. Dieses Vorgehen sei demnach nicht bremenspezifisch. Auf Grund der Europawahl sei ein großes Hauptstudio mit Publikum in Berlin geplant.

Man werde große Sendeflächen im Radio Bremen-TV sowie einzelne Beiträge im gemeinsamen Dritten mit dem NDR haben. Nichtsdestotrotz müsse man lange mit gleichen, unsicheren Zahlen arbeiten.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Sondergeld** bestätigt **Frau Schafarczyk**, dass Radio Bremen-TV in Bremen und umzu empfangbar sei.

Ein weiteres Mitglied des Rundfunkrats kommt auf die genannten Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der politischen Parteien in Bremen zu sprechen und fragt nach dem Umgang mit rechtspopulistischen Kräften.

Frau Schafarczyk verdeutlicht, man werde über alle Parteien berichten, die zur Wahl zugelassen seien – und zwar nach dem Konzept der abgestuften Chancengleichheit. In dieses Konzept würden Kriterien wie Fraktionsstärke, die Stärke im Bund und weitere Faktoren mit einfließen. Dementsprechend werde man auch über die AfD sowie Bürger in Wut berichten. Man erarbeite in enger Abstimmung mit dem Justizariat frühzeitig ein Gesamtkonzept. Darin werde festgehalten, welche Parteien in welchen Formaten zu Wort kommen würden.

Herr Carlson ergänzt, das journalistische Gesamtkonzept stelle dar, wie Radio Bremen in der Gesamtheit über Parteien berichten werde. Dabei gelte das Gebot der abgestuften Chancengleichheit. Bei einzelnen Formaten seien Abweichungen aus journalistischen Gründen gleichwohl möglich. Wenn man sich beispielsweise in einem Beitrag mit dem Thema „Glauben“ beschäftige, könne aus dem Kreis der sogenannten kleinen Parteien nur die Bibeltreuen Christen berücksichtigt werden. Ebenso sei es bei einem Beitrag über die zukünftige Bürgermeisterin / den zukünftigen Bürgermeister möglich, auf eine Beteiligung der Parteien zu verzichten, bei denen es unwahrscheinlich sei, dass diese die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister stellen werden. Da die AfD bei der letzten Wahl in die Bremische Bürgerschaft gewählt, mittlerweile in allen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten und nicht vom Bundesverfassungsgericht verboten worden sei, werde man auch über die AfD berichten.

Herr Dr. Sondergeld regt an, beim Einsatz von Erklär-Stücken mit grafischer Unterstützung darauf zu achten, dass sich daraus keine Text-Bild-Schere ergebe und die Grafiken, die eigentlich zur Unterstützung gedacht seien, zu schnell und anspruchsvoll seien und letztendlich das Verständnis nicht erleichtern, sondern erschweren würden.

Herr Metzger fährt mit seinen mündlichen Ergänzungen fort.

Seit dem 7. Dezember 2018 gelte eine Vereinbarung mit der BSAG, wonach buten un binnen-Nachrichten (Nachrichten von buntenunbinnen.de) auf Bildschirmen in den Straßenbahnen zu sehen seien. Ab Januar 2019 sei dies in über 70 Straßenbahnen möglich.

Die Deutsche Akademie für Fernsehen habe den Zweiteiler „Gladbeck“ für das beste Szenenbild ausgezeichnet. Außerdem habe „Kroymann“ in der Kategorie „Fernsehunterhaltung“ überzeugt. Alle Folgen von „Kroymann“ seien in der Mediathek zu finden – die nächste Ausgabe werde am 31. Januar 2019 ausgestrahlt.

Am 21. Januar 2019 werde „Das Märchen von der Inklusion“ auf dem Sendepplatz von „Die Story im Ersten“ gezeigt.

Fragen an den Intendanten

Auf Nachfrage aus dem Gremium konkretisiert **Herr Metzger** die Ausführungen zu den buten un binnen-Nachrichten in den Straßenbahnen der BSAG. Man nutze die Bildschirme entsprechend als eine weitere Drittplattform, über die man Informationen verbreiten könne. Da die Nachrichten auf butenunbinnen.de bereits vorlägen und lediglich technisch konvertiert würden, sei der Aufwand gering. Die Vereinbarung sei unentgeltlich. Es habe im Vorfeld Unstimmigkeiten mit dem Weser-Kurier gegeben, da sich dieser ebenfalls mit der BSAG in Gesprächen befände.

Herr Carlson betont, man zeige auf den Bildschirmen in den Straßenbahnen lediglich Nachrichten, die man bereits über die eigenen Ausspielwege verbreitet habe. Man agiere somit nicht als Nachrichtenagentur und stehe nicht im Wettbewerb mit anderen Anbietern. Das Radio Bremen-Gesetz sehe in § 2 vor, dass Radio Bremen seinem Auftrag durch zeitgemäße Angebote nachkomme. Dafür solle die Anstalt auch neue Medienformen nutzen und mitgestalten. Entsprechend sei die Zusammenarbeit vom Auftrag abgedeckt.

Auf die Frage nach dem Veröffentlichungsdatum der neuen Mediathek stellt **Herr Weyrauch** fest, dass diese seit heute verfügbar sei.

Ein Rundfunkratsmitglied begrüßt die Rückkehr der „Nuntii Latini“. Daran anknüpfend schlägt das Mitglied vor, sich im Hörfunkausschuss mit weiteren Sprachen zu befassen.

Frau Finckh nimmt diesen Vorschlag auf.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht des Intendanten zur Kenntnis

TOP 6: Berichte aus den Ausschüssen

b. Fernsehausschuss

Kurzprotokoll über die Sitzung des Fernsehausschusses am 23.10.2018

Herr Schloesser berichtet aus der Sitzung des Fernsehausschusses am 23. Oktober 2018, in der man sich schwerpunktmäßig mit „Rabiat“ befasst habe. Als Vorbereitung habe der Ausschuss in seiner Programmbeobachtung vier Beiträge von „Rabiat“ verfolgt. Herr von Bötticher und Manuel Möglich hätten die Quoten im linearen Fernsehen sowie in den unterschiedlichen Online-Kanälen erörtert und die Fragen des Ausschusses beantwortet. Der Ausschuss sei insgesamt zu dem Ergebnis gekommen, dass sich der Mut und das Engagement von Radio Bremen für dieses Format in Zusammenarbeit mit der sendefähig GmbH gelohnt habe.

c. Hörfunkausschuss

Kurzprotokoll über die Sitzung des Fernsehausschusses am 17.10.2018

Frau Finckh informiert über die Sitzung des Hörfunkausschusses am 17. Oktober 2018 mit dem Schwerpunktthema „Lange Audioformate: Feature, Podcast, Hörspiel und Co.“. Die anfängliche Sorge, dass in der heutigen Zeit mit Sozialen Medien und Drei-Minuten-Beiträgen längere Hörformate keine Berechtigung mehr fänden, sei durch die Gäste aus dem Haus aufgelöst worden. Vielmehr werde über Streams oder Podcasts die Möglichkeit eröffnet, kurze Beiträge aus dem linearen Programm hintergründig zu beleuchten. Der Hörfunkausschuss unterstütze diese Entwicklung.

d. Zukunftsausschuss

Kurzprotokoll über die Sitzung des Fernsehausschusses am 25.10.2018

Frau Düring fasst die Diskussionsergebnisse aus der vergangen Sitzung des Zukunftsausschusses am 25. Oktober 2018 zusammen. Unter dem Haupttagesordnungspunkt „Arbeit im Wandel – Neue Berufsbilder bei der Bremedia“ habe man sich mit den Auswirkungen des sich rasant entwickelnden technischen Medienbereichs befasst. Die Gäste aus der Bremedia hätten über die Folgen am Beispiel des neuen Berufsbilds „Web-Producer“ informiert. Man habe über Produktionen im Sinne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beraten sowie die Fähigkeiten der Kolleginnen und Kollegen in diesem neuen Berufsbild kennengelernt.

a. Finanz- und Organisationsausschuss

Da der Vorsitzende des Finanz- und Organisationsausschusses noch nicht anwesend ist, übernimmt Herr Dr. Sondergeld die kurze Zusammenfassung der Themen der Sitzung.

Herr Dr. Sondergeld macht deutlich, die meisten Tagesordnungspunkte aus der Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses am 6. Dezember 2018 seien heute ebenfalls Teil der Tagesordnung. Entsprechend habe sich der Ausschuss vorbereitend mit der Mittelfristigen Finanzplanung, dem Wirtschaftsplan 2019 sowie dem Entwicklungsbericht 2019 befasst und empfehle dem Rundfunkrat wie vorgeschlagen zu beschließen. Den Anschlussarifvertrag, welcher dem Rundfunkrat ebenfalls noch zur Kenntnis vorliege, habe der Finanz- und Organisationsausschuss zur Kenntnis genommen. Im finanziellen Unternehmenscockpit / Liquiditätsprognose habe Herr Schrader erläutert, dass alle Ampeln auf grün stünden. Die anschließend behandelten aktuellen Entwicklungen bei den Pensionskassen seien bereits thematisiert worden.

TOP 7: Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat

Bericht vom ARTE-Programmbeirat

Herr von Zabern berichtet von zwei Sitzungen des ARTE-Programmbeirats.

Auf der Sitzung am 27./28. September 2018 in Mainz habe man das Sommerprogramm von ARTE beraten. Unter dem Titel „Summer of Lovers“ sei bewusst eine Gegenprogrammierung zur Fußballweltmeisterschaft gewählt worden – es seien neue und ältere Filme über Paarbeziehungen gezeigt worden. Mit einem durchschnittlichen Marktanteil von 2,3 Prozent in Deutschland, sei es einer der erfolgreichsten „Sommer of...“ gewesen. Im nächsten Jahr werde die Freiheit im popkulturellen sowie filmischen Bereich Thema sein.

Auf einer Pressekonferenz am 28. August 2018 in Paris sei Régine Hatchondo als neue Generalsekretärin von ARTE France vorgestellt worden. Im Oktober sei sie zusätzlich zur Vizepräsidentin von ARTE G.E.I.E. gewählt worden – sie habe sich dem ARTE-Programmbeirat auf der Novembersitzung in Straßburg vorgestellt.

Ferner habe man über den Diskussionsstand der Unternehmensentwicklung sowie Umstrukturierung bei ARTE Deutschland beraten. Auf der Novembersitzung in Straßburg seien dem Programmbeirat anschließend die wesentlichen Ergebnisse präsentiert worden, die bis zum Jahresende umgesetzt würden. Statt der bisherigen fünf Bereiche, werde es zukünftig nur noch zwei geben: „Programm und Kommunikation“ sowie „Verwaltung“. Diese neue Struktur entspreche der bei ARTE G.E.I.E. Ferner erhalte ARTE Deutschland – mit aktuell 41,5 Planstellen – an seinem Standort in Baden-Baden ein neues Gebäude. Einzugstermin sei voraussichtlich 2021.

Er habe in früheren Berichten bereits herausgestellt, dass ARTE zwar ein deutsch-französisch Sender sei, sich aber als europäischer Sender verstehe und aus diesem Grund die Europäisierung des Programms vorantreibe. Dies werde in den online verfügbaren Untertitelungen deutlich – somit könnten quasi 70 Prozent der Europäerinnen und Europäer das Programm in Muttersprache verfolgen. Ein weiteres Beispiel für das Europa-Engagement sei der Opernbereich. Es gebe inzwischen eine enge Kooperation von 22 europäischen Opernhäusern, deren Aufführungen unter dem Stichwort „Oper“ auf ARTE Concert abrufbar seien.

Im Hinblick auf die Europawahl in 2019 werde es eine besondere Programmierung geben. Zum einen das Projekt „24 Stunden Europa“ in dem junge Europäerinnen und Europäer aus 20 verschiedenen europäischen Staaten über 24 Stunden porträtiert würden. Ferner werde es zwei Dokumentationen zum Thema Brexit und eine Dokumentation zum Erasmusprogramm geben. Für den Wahlabend werde in Kooperation mit der FU Berlin ein Sendekonzept zur Präsentation der Wahlergebnisse entwickelt.

Im Zusammenhang mit der Europastrategie sei der Vorschlag des ARD-Vorsitzenden zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Plattform aufgegriffen worden. Der Programmbeirat erachte den Vorschlag als wichtig, wenn auch anspruchsvoll. Es seien noch weitere Diskussionsprozesse vonnöten. Es handle sich jedoch insgesamt um eine gute Anregung, die nun inhaltlich gefüllt werden müsse und nicht von vorn herein als nicht realisierbar gel-

ten dürfe. Durch die Schaffung der Opernplattform habe ARTE gewisse Erfahrungen in diesem Bereich. Interessant sei in diesem Zusammenhang, dass der Österreichische Rundfunk die Zusammenarbeit mit Facebook aufgekündigt habe.

Der Geschäftsführer von ARTE Deutschland Wolfgang Bergmann habe noch den Schwerpunkt „Menschenrechte“ thematisiert, den ARTE gemeinsam mit der Frankfurter Buchmesse zum 70-jährigen Jubiläum der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gestartet habe. Er habe das Aktionsbündnis „On The Same Page“ vorgestellt, an dem sich weitere Partner wie z.B. das ZDF sowie einige ARD-Anstalten beteiligt hätten. Ein zugehöriges eindrucksvolles Plakat bilde 30 Artikel der internationalen Erklärung der Menschenrechte ab. Seines Wissens habe sich Radio Bremen daran nicht beteiligt.

Innerhalb der Programmebeobachtung habe der Programmbeirat unter anderem den achtteiligen dokumentarischen Film „18 – Krieg der Träume“ verfolgt, welcher in einer leicht gekürzten Fassung ebenfalls in Das Erste gezeigt worden sei. Festgemacht an einzelnen Personen zeige dieser beeindruckend die Geschichte nach 1918. Außerdem habe man die Dokumentation „Äquator – die Linie des Lebens“, worin Länder und ihre Menschen rund um den Äquator dargestellt würden, beobachtet. Im Zusammenhang mit dem dienstäglichen Dokumentationsabend auf ARTE hätten die Dokumentationen „Starbucks ungefiltert“, „Im Schatten der Netzwelt“, „The Cleaners“ und „Global Family“, welcher nur Bildsprache nutze und auf Kommentare verzichte, zur Diskussion gestanden. Der ARTE-Programmbeirat habe alle Beiträge als herausragende Produktionen gelobt.

Auf der Sitzung am 28./29. November 2019 in Straßburg hätten sich die Mitglieder des ARTE Deutschland-Programmbeirats und die deutschen Mitglieder des ARTE-G.E.I.E.-Programmbeirats zum ersten Mal getroffen. Man habe sich zwei Stunden austauschen können und plane, einmal pro Jahr ein solches Treffen zu organisieren.

Die Sitzung in Straßburg sei die konstituierende Sitzung der neuen Amtsperiode des ARTE-Programmbeirats gewesen. Dr. Richard Meng, Vertreter aus dem ZDF-Fernsehrat und Helmut Rau vom SWR seien als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender gewählt worden. Mit Prof. Dr. Heidi Schelhowe sei eine weitere Bremerin in den ARTE-Programmbeirat entsandt (ZDF-Fernsehrat).

Der „Grand Accord documentaire“, die vertragliche Vereinbarung zur besonderen Förderung von dokumentarischen Sendungen sei nahezu abgeschlossen. Mit den zur Verfügung stehenden 3 Millionen Euro sollen europäische Koproduktionen gefördert werden, welche die europäische Sicht der Dinge in den Vordergrund und nicht die nationalen Sichtweisen. Das Projekt sei bereits im November 2018 auf der Dokumentarfilm-Messe in Amsterdam vorgestellt worden, um so interessierten Produzentinnen und Produzenten sowie Autorinnen und Autoren die Chance zu eröffnen, sich mit ihren Konzepten zu bewerben.

Im Zuge der Neustrukturierung des französischen Rundfunks sei der französische Finanzierungsanteil für ARTE um 2 Mio. € reduziert worden. Dies werde kurzfristig keine Auswirkungen auf das Programm haben. Die langfristigen Auswirkungen seien noch nicht zu beurteilen.

Die Programmbeobachtung habe unter dem in der vorherigen Sitzung vorgestellten Schwerpunkt „Menschenrechte“ gestanden. Der Dokumentarfilm „Unantastbar – der Kampf für Menschenrechte“ von Claus Kleber habe nicht zur Beobachtung gestanden, sei jedoch ein wichtiger Bestandteil dieses Programmschwerpunktes auf ARTE gewesen. Der ARTE-Programmbeirat habe den Film „Slaves – Auf den Spuren moderner Sklaverei“ angesehen, welcher Beispiele der nach Schätzungen der UNO derzeit 45 Millionen Menschen, die unter sklavenähnlichen Bedingungen leben würden, aufgreife. Die Dokumentation zeige unter anderem die Sklavenhaltung auf Fischerbooten in Thailand sowie in einer Ziegelei in Indien, Kindersex-Sklavinnen und -Sklaven in Mexiko und Kindersoldaten im Kongo und Sudan. Ergriffen über die Grausamkeiten in diesem Film, habe der Programmbeirat über die Präsentation bzw. die Schilderung solcher Taten diskutiert. Ein weiterer Bestandteil dieses Schwerpunktes seien mehrere Beiträge der Reportage-Reihe „Re:“ gewesen. In „Yvans Kampf für Erntehelfer“ seien die sklavenähnlichen Bedingungen, unter denen Migrantinnen und Migranten auf Tomatenfeldern in Süditalien arbeiten würden, gezeigt worden. Das Schicksal der Kinder, die von vergewaltigten Frauen aus dem Bosnien-Krieg geboren worden seien und in Bosnien stark diskriminiert würden, sei im Beitrag „Leben in Würde – Ajnas Ringen für Bosniens ‚Kinder der Schande‘“ dargestellt worden. Die dritte Reportage habe unter dem Titel „Recht auf Gesundheit – Alina rettet Leben in Rumänien“ die miserable Gesundheitsversorgung in Rumänien, insbesondere auf dem Land, thematisiert. Neben diesen Beiträgen zum Schwerpunkt „Menschenrechte“ habe der Programmbeirat noch „Mission Wahrheit – Die New York Times und Donald Trump. Die Welt der Fakten.“ beobachtet. Diese vierteilige Dokumentation beschreibe die Recherchearbeit der New York Times in der Zeit kurz vor und nach der Wahl von Präsident Donald Trump. Darin werde sehr anschaulich dargestellt, unter welchen – auch wirtschaftlichen – Bedingungen die New York Times arbeite.

Zusammengefasst habe der ARTE-Programmbeirat über alle genannten Programmbeobachtungspunkte ausführlich diskutiert – insbesondere über die bewegenden Inhalte – und sei insgesamt zu einem positiven Urteil gekommen.

Bericht vom ARD-Programmbeirat

Herr Dr. Kuhn berichtet von der Sitzung des ARD-Programmbeirats am 14./15. November 2018 beim SWR in Stuttgart, welche zusammen mit den Fernsehdirektorinnen und -direktoren stattgefunden habe.

Man habe die Weiterentwicklung der Sommerinterviews gelobt. Der Programmbeirat sei der Auffassung, dass die Interviews durch die Beschränkung auf eine Interviewerin bzw. einen Interviewer lebendiger und gleichzeitig klarer geworden seien. Ausgenommen von diesem positiven Urteil sei das Interview von Prof. Dr. Jörg Meuthen durch Tina Hassel. Diese habe einen unsicheren Eindruck hinterlassen und versucht, ihn mit Nebensächlichkeiten vorzuführen und somit ohne Not die bekannten Themenfelder der AfD selbst in den Vordergrund geschoben. Der Programmbeirat sei sich einig, dass das zeitnah stattgefundene Interview von Dr. Alexander Gauland im ZDF besser gewesen sei.

Man habe weiterhin über die anhaltende Suche nach geeigneten und verlässlichen Formaten für den Montagabend beraten. Der Programmbeirat sei hier zu der Meinung gekommen, dass der „Kriminalreport“ durchaus Potential habe. Hingegen sei „Der beste Deal“ durchgefallen – dieser werde seiner Kenntnis nach in dieser Form auch nicht weitergeführt.

Ferner habe der ARD-Programmbeirat fast durchgehend sein großes Lob für „Babylon Berlin“ ausgesprochen. Außerdem sei die Spielberichterstattung zur Fußball-WM gelobt worden. Bei der Hintergrundberichterstattung habe der Programmbeirat einige Themen vermisst und diese demnach kritischer betrachtet.

Aus aktuellem Anlass habe der Programmbeirat mit den Fernsehdirigenten und -direktoren nochmals über die Darstellung von Gewalt in Kriminalfilmen gesprochen. Ausschlaggebend sei der Samstagabendkrimi „Carneval – der Clown bringt den Tod“ gewesen. Aufgrund einer Intervention des Programmbeirates sei das Schutzalter bereits auf 16 Jahre erhöht worden. Der Programmbeirat habe jedoch betont, dass es ihm neben dem Jugendschutz um die generelle Frage gehe, ob Gewaltdarstellungen zum Teil immer exzessiver werden würden / müssten. Er habe den Eindruck, dass man mit den Fernsehdirigenten und -direktoren in diesem Fall nicht zu einer einheitlichen Meinung gekommen sei – innerhalb des Programmbeirates ebenfalls nicht. Er sei jedoch nicht mehr bereit, sich mit der Formel abspesen zu lassen, dass ein Krimi oder Tatort ohne Leiche nicht funktioniere. Dies sei sicherlich richtig. Jedoch läge zwischen dieser Banalität und einigen Gewaltdarstellungen ein weites Feld. Er sei weiterhin überzeugt davon, dass man darüber noch grundsätzlicher diskutieren müsse – vor allem, weil es zwischenzeitlich gute Entwicklungen gerade im Tatort gegeben habe.

Zur Themenwoche „Gerechtigkeit“ habe man keine Gesamtbewertung abgegeben. Man habe lediglich länger über einzelne Sendungen gesprochen – vorrangig über die Krimis. Hier habe der Programmbeirat auf zwei Dinge abgestellt. Zum einen sei im „Großstadtrevier“ am Vorabend zur Themenwoche die Aufforderung an Zuschauerinnen und Zuschauer aus dem Film „Terror“ nachgeahmt worden. Die Zuschauenden seien demnach aufgefordert worden, am Ende selbst zu entscheiden, ob die Kommissarin die „Robin-Hood-haften“ Verbrecher verhaften oder laufen lassen solle. Im „Polizeiruf 110: Für Janina“ sei ähnlich verfahren worden – ohne direkten Aufruf zur Abstimmung. Auch hier sei jedoch offen gelassen worden, ob die Kommissare für ihr eindeutig gesetzeswidriges Verhalten zur Rechenschaft gezogen würden oder nicht. Er hebt hervor, dass vor allem der Aufruf an die Zuschauenden „Wollen Sie Recht oder wollen Sie Gerechtigkeit?“ vom ARD-Programmbeirat kritisiert worden sei. Er sei vielmehr der Meinung, dass Recht und Gerechtigkeit unmittelbar zusammen hingen. Ferner führe eine Aufforderung an die Zuschauerinnen und Zuschauer, die Richterin / den Richter zu spielen, in eine Sackgasse. Der Programmbeirat sei entsprechend verärgert, dass diese Aktion nach der sehr kritischen Diskussion zu „Terror“ wiederholt worden sei. Man rate dringend davon ab, weiterhin so zu verfahren.

Frau Lehmann informiert über die Diskussionspunkte auf der Sitzung des ARD-Programmbeirates am 11./12. Dezember 2018 beim KiKA in Erfurt.

Der ARD-Programmbeirat habe über das gesamte Jahr die unterschiedlichen Strecken des Kinderprogramms in KiKA und im Ersten beobachtet. Die KiKA-Programm-Geschäftsführerin Dr. Astrid Plenck und die ARD-Koordinatorin für Tages- und Familienprogramm Silke Hillesheim hätten den Programmbeirat über die Zusammenhänge zwischen KiKA und Das Erste informiert. Es seien Fragen zu Produktionen und Zulieferungen, dem Produktionsanteil des ZDF bzw. der ARD sowie zu den Eigenproduktionen des KiKA beantwortet worden. Der ARD-Programmbeirat sei insgesamt der Meinung, dass KiKA ein gutes Programm biete. Lediglich die Abfolge des Alters sei an einigen Tagen nicht schlüssig – nach Sendungen für Zehnjährige würden beispielsweise Beiträge für Dreijährige folgen. Vor allem die KiKANiNCHEN-Strecken (wochentags, morgens) hätten überzeugt. Außerdem werde die Stunde von 18:00 bis 19:00 Uhr sehr gut angenommen. Aktuell werde diese mit „Pettersson und Findus“, den Weihnachtsfolgen von „Beutolomäus“ bespielt und ende mit „Baumhaus“ und dem „Sandmännchen“. Der Programmbeirat habe die Identifikationsmöglichkeiten für Mädchen und Jungen thematisiert. Es sei aufgefallen, dass momentan hier ein Verhältnis von vier zu eins herrsche – es gebe vier männliche Helden auf eine weibliche Heldin. Es sei entsprechend geplant auch bei den Moderatorinnen und Moderatoren die paritätische Verteilung weiter voran zu treiben.

Die Samstag- und Sonntagmorgen-Strecken von 5:30 / 6:00 Uhr bis 10:00 Uhr habe man als schwierig angesehen. Es müsse beachtet werden, dass es zu dieser Uhrzeit parallel bei Das Erste, ZDF sowie KiKA Kindersendungen gebe. Der Programmbeirat habe hier den Eindruck gewonnen, dass Das Erste mit „Die Pfefferkörner“ eher Programm für etwas ältere Kinder anbiete. Das ZDF setze die Alterssprünge gekonnt um, während bei KiKA eine große Mischung gezeigt werde – außer die Sendung KiKANiNCHEN. Der Programmbeirat habe entsprechend angeregt, die erfolgreiche Sendung KiKANiNCHEN auch samstags und sonntags zu zeigen. So könnten dann tatsächlich mehrere Altersgruppen angesprochen werden – die Kleinen bei KiKA und die Größeren bei Das Erste. Im Zuge der andauernden Überlegungen zum Sendeplatz 16:10 Uhr auf Das Erste („Verrückt nach...“) habe der Programmbeirat zudem vorgeschlagen, ein Programm zu platzieren, welches den Altersübergang von KiKA zu Das Erste schaffen könne. Man empfehle Programme, die auch von Erwachsenen geguckt werden könnten, wie z.B. „Checker Tobi“.

Der Programmbeirat habe anschließend nochmals über die Absetzung der „Lindenstraße“ diskutiert. Es sei dargestellt worden, dass die Marktanteile auf knapp acht Prozent zurückgegangen seien – dies entspreche an einem Sonntagabend dennoch zwei Millionen Menschen. Man habe dies zum Anlass genommen, erneut auf eine Veränderung am Sonntagabend hinzuweisen. Die Diskussion werde voraussichtlich auf der Sitzung mit den Fernsehdirektorinnen und -direktoren im Januar fortgeführt.

Über den von Herrn Dr. Kuhn angesprochenen „Polizeiruf 110: Für Janina“ habe man auch beraten. Jedoch aus dem Grund, dass im Hintergrund, an der Wand der Kommissarin, ein „FCK AFD“-Aufkleber zu sehen gewesen sei. Dieser sei vor der Bereitstellung des Polizeirufs in der Mediathek retuschiert worden. Der Programmbeirat habe entsprechend gefragt, warum dieser entfernt worden sei, ob es sich dabei um vorausseilenden Gehorsam handle bzw. was den Sender zu dieser Handlung animiert habe. Das Programmbeiratsmit-

glied des NDR habe innerhalb der Diskussion darauf hingewiesen, dass der Aufkleber an dieser Stelle länger klebe und somit bereits zuvor zu sehen gewesen sei.

Zu der ebenfalls von Herrn Dr. Kuhn angesprochenen Diskussion zur Themenwoche „Gerechtigkeit“ habe der Programmbeirat in dieser Sitzung ein Resümee gezogen. Demnach hätten die Einzelbeiträge überzeugt, insgesamt habe jedoch der rote Faden gefehlt. Der Programmbeirat habe dementsprechend seine Idee wiederholt, mit Planungsbeginn eine Person festzulegen, welche die einzelnen Beiträge untereinander besser bündle. Im Internet sei der rote Faden besser zu erkennen gewesen. Die Onlinebeiträge seien gut aufbereitet gewesen und lobend erwähnt worden. Viele im Linearen geöffneten Stränge zum Thema „Gerechtigkeit“ seien hier weiter verfolgt worden. Zusätzlich habe es wieder Downloads für Lehrerinnen und Lehrer gegeben. Ein weiterer Punkt in der Programmbeobachtung seien die an einem Mittwochabend gezeigten Beiträge „Saat des Terrors“ und „Spur des Terrors“ gewesen. In dem Film und der anschließenden Dokumentation sei aufgearbeitet worden, wie der Terror durch Geheimdienste auch Vorschub bekommen habe. Die Diskussion im Programmbeirat habe im Schatten des Anschlags in Straßburg stattgefunden und sei entsprechend schwer gefallen. Die beiden Donnerstagabend-Krimis „Amsterdam-Krimi“ und „Prag-Krimi“ seien ebenfalls beobachtet worden. Dem Programmbeirat habe den Beitrag aus Amsterdam nicht gefallen, der Krimi aus Prag sei insgesamt als gut kritisiert worden. Beide hätten ein offenes Ende gehabt, so dass eine Fortsetzung möglich sei.

Abschließend berichtet sie noch von einer Führung durch verschiedene Studios beim KiKA. Man habe beispielsweise bei einem Dreh von „Baumhaus“ dabei sein können und die Moderatorin Singa Gätgens kennengelernt. Die ca. drei Minütigen „Baumhaus“-Folgen würden ohne Schnitt durchgedreht – und zwar 20 Folgen pro Drehtag.

Fragen zu den Berichten vom ARTE- und ARD-Programmbeirat

Ein Rundfunkratsmitglied lobt den KiKA. Das Kinderprogramm sei deutlich besser, als in privaten Medien. Lediglich bei der Kurzserie „4 Viertel – Meine Gegend rockt!“, in der 16 Kinder im Alter zwischen zehn und 13 Jahren ihren Lebensraum vorstellen würden, bemängelt es, dass keine Stadt aus dem Osten Deutschlands dabei gewesen sei. Und dass, obwohl die Beiträge in zeitlicher Nähe zum Tag der Deutschen Einheit gezeigt worden seien. Es sei essentiell, alle Regionen miteinzubeziehen.

TOP 8: Mittelfristige Finanzplanung

Vorlage 34/2018

Herr Schrader macht darauf aufmerksam, dass man die Mittelfristige Finanzplanung (Mifrifi) nicht gesondert vom Wirtschaftsplan behandeln könne, da die Mifrifi Vorgaben für den Wirtschaftsplan mache und die Ergebnisse des Wirtschaftsplans sich letztendlich in der Mifrifi widerspiegeln würden. Die im Folgenden zu zeigende Präsentation behandle entsprechend beide Themen zusammen.

Präsentation: „Mifri / WP 2019“

Der Rundfunkrat nimmt die anliegende mittelfristige Finanzplanung für die Beitragsperioden 2017 - 2020 und 2021 - 2024 zur Kenntnis.

TOP 9: Wirtschaftsplan 2019
Vorlage 24/2018

Herr Dr. Sondergeld verweist auf die mit den Unterlagen erhaltene Empfehlung des Verwaltungsrats. Dieser Empfehlung habe sich der Finanz- und Organisationsausschuss in seiner Sitzung ebenfalls angeschlossen.

Gemäß § 19 Absatz 3 Ziffer 1b des Radio Bremen-Gesetzes (RBG) hat das Direktorium den Wirtschaftsplan 2019 erstellt. Dieser wird dem Verwaltungsrat gemäß § 15 Absatz 4 Ziffer 3 RBG zur Prüfung vorgelegt. Der Verwaltungsrat wird den Wirtschaftsplan 2019 auf seiner Sitzung am 30. November 2018 beraten. Vorbehaltlich der Ergebnisse der Beratungen des Verwaltungsrats fasst der Rundfunkrat bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

- 1. Der Rundfunkrat genehmigt gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 6 RBG den vom Intendanten vorgelegten und vom Verwaltungsrat geprüften Wirtschaftsplan 2019.**
- 2. Der Wirtschaftsplan 2019 wird wie folgt festgestellt:**
 - **Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -1.888 T€.**
 - **Die Cash Flow Rechnung nach Mittelüberträgen ergibt planerisch eine positive Veränderung der liquiden Mittel in Höhe von 6 T€.**
 - **Für die Wirtschaftsplanung 2019 sind Mittelüberträge aus 2017 in Höhe von 2.791 T€ vorgesehen.**
- 3. Verwaltungsrat und Rundfunkrat nehmen weiterhin zur Kenntnis, dass das Direktorium die Investitionsmittel von 1.150 T€ im Wirtschaftsplan 2019 intern sperren und erst nach Prüfung im Einzelfall freigeben wird.**

TOP 10: Entwicklungsbericht 2019
Vorlage 25/2018

Herr Metzger stellt fest, die Erstellung des Entwicklungsberichts und die anschließende Veröffentlichung im Internet seien gesetzlich vorgeschrieben. Es sei über die letzten Jahre gelungen, den Bericht als eine Art Zukunftsblick zu etablieren. Der Bericht biete somit einen kompakten Überblick über die wichtigen Entwicklungen im Unternehmen und wie diese im nächsten Jahr fortgesetzt würden. Innerhalb der Sitzung des Finanz- und Organisationsausschuss-

ses sei noch auf einen redaktionellen Fehler hingewiesen worden, den man vor der Veröffentlichung korrigieren werde.

Der Rundfunkrat nimmt den Entwicklungsbericht 2019 zur Kenntnis.

TOP 11: Anschlussstarifvertrag zur Ausgliederung des Fachbereichs Abrechnung
Vorlage 26/2018

Herr Metzger macht auf die Vorlage 26/2018 aufmerksam, in der man den Hintergrund dieser Maßnahme ausführlich geschildert habe. Diese Ausgliederung sei Teil der in der vergangenen Sitzung vorgestellten „Weiterentwicklung der Konzernstruktur“. Im Zuge dessen würden Mitarbeitende aus dem Marketing zu Radio Bremen bzw. Kolleginnen und Kollegen aus der Abrechnung in die Bremedia übergeleitet. Die Überleitung der Abrechnung in die Bremedia verbessere die internen Abläufe und stelle Radio Bremen innerhalb der ARD-Strukturreform sicherer auf. Die betroffenen Tarifparteien hätten den Tarifvertrag heute unterzeichnet.

Der Rundfunkrat nimmt den Anschlussstarifvertrag für die Ausgliederung des Fachbereichs Abrechnung in die Bremedia Produktion GmbH gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 10 Radio Bremen-Gesetz zur Kenntnis.

TOP 12: Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 27/2018

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben für der Zeit vom 1. August bis 30. Oktober 2018 zur Kenntnis.

TOP 13: Verschiedenes

Herr Dr. Sondergeld erinnert an die Sitzungstermine des Rundfunkrats für 2019, die dem Gremium mit den Unterlagen zugeschickt worden seien. Er macht auf die angesetzte Sondersitzung des Rundfunkrats am 5. März 2019 aufmerksam, in der die neue Intendantin / der neue Intendant gewählt werde.

Herr Metzger bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die erneut ausgezeichnete Arbeit in 2018 und zeigt einen Film mit den Preisen, die Radio Bremen erhalten habe.

Herr Dr. Sondergeld verdeutlicht, dass man auch in den Gremien auf ARD-Ebene viel Zuspruch für die Entwicklung von Radio Bremen erhalte.

Herr Weyrauch macht darauf aufmerksam, dass die Preise alle auf Teamarbeit beruhen würden. Dahinter stünden Autorinnen und Autoren, Schauspielerinnen und Schauspieler sowie auch Kolleginnen und Kollegen der Bremedia, Cutterinnen und Cuttern, Producerinnen und Producern sowie Kameralleute. Ebenfalls beteiligt seien die Mitarbeitenden aus der Personalabteilung, die

bei den Lizenzen behilflich seien, sowie das Justizariat. Ohne dieses Teamwork wäre kein Preis möglich.

Herr Dr. Sondergeld schließt die öffentliche Rundfunkratssitzung um 19:05 Uhr.

Genehmigt:

Gez. Dr. Klaus Sondergeld

Protokoll:

Gez. Nina Gabriel